

1.7. Ostöffnung

Mit dem Thema Ostöffnung hat sich der Beirat in der Studie „Ostöffnung“ und im „Positionspapier zu ausgesuchten Themen rund um die Regierungskonferenz 1996, Kapitel Osterweiterung“ auseinandergesetzt.

Die Auswirkungen der Ostöffnung werden in der Öffentlichkeit meist zu negativ gesehen. Es überwiegt dabei das Bild der Verlagerung einzelner Produktionsstätten nach Osteuropa, die Steigerung der österreichischen Exporte nach Osteuropa bleibt dabei zu sehr im Hintergrund. Die Handelsbilanz mit den Oststaaten hat sich seit der Ostöffnung um mehr als 10 Mrd. S verbessert. Die Beschäftigung in Österreich hat sich dadurch erhöht, selbst wenn überwiegend arbeitsintensive Produktionen verlagert wurden. Aufgrund des Preisdruckes haben sich allerdings auch nicht meßbare strukturelle Arbeitsmarktprobleme verfestigt. Zusätzlich ergibt sich für Österreich, ob seiner geographischen Nähe, auch das Problem des Kaufkraftabflusses, welches ebenfalls negative Auswirkungen auch auf die Beschäftigung insbes. im grenznahen Bereich mit sich bringt. Der Gesamteffekt der Ostöffnung auf die Beschäftigung in Österreich ist daher nicht exakt zu quantifizieren.

Ein EU-Beitritt östlicher Nachbarstaaten würde darüber hinaus das Problem einer freien Zuwanderung aus Osteuropa aufwerfen. Ein völlig freier Arbeitsmarkt (Pendlerströme und Personenverkehr) würde vor allem jene Regionen nahe der Ostgrenze treffen, die jetzt schon unter hoher Arbeitslosigkeit leiden. Ähnliches gilt für den Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungen. Die Sozialpartner betonen daher die Notwendigkeit für eine nur schrittweise Realisierung der Freizügigkeit mit relativ langen Übergangsfristen und allfällige Schutzklauseln im Falle des Beitritts der MOEL. Unter den derzeitigen Bedingungen erscheint jedenfalls in absehbarer Zeit der freie Zugang zum österreichischen Arbeits- und Dienstleistungsmarkt durch Bürger der MOEL nicht realisierbar.

1.8. EU-Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat die Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort erhöht – wie die Sozialpartner in ihrer Standortstudie erwartet haben. Die Verbesserung der Standortqualität Österreichs zeigt sich schon in den steigenden Nettoexporten und in den Investitionsplänen multinationaler Konzerne, sie wird aber erst langfristig voll zur Geltung kommen.

Die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt waren jedoch in der Anfangsphase überwiegend negativ. Es kam zu Rationalisierungswellen vor allem in jenen Branchen, die nun voll in den Integrationsprozeß einbezogen wurden: im Nahrungsmittelbereich und bei einzelnen Dienstleistungen (insbesondere Handel, Speditionen). Rationalisierungsinvestitionen im Energie-, Telekom- und Finanzdienstleistungsbereich stehen noch an. Auch für jene Bereiche empfehlen sich gegebenenfalls branchenspezifische Übergangshilfen, ähnlich wie etwa im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie („AUFLEB“).

Weiters haben die hohen direkten und indirekten Kosten des EU-Beitritts den Druck auf die Budgetsanierung wesentlich verstärkt. Die Beiträge sind jedoch als Investition zu betrachten, welche eine langfristig günstigere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft sichert.

1.9. Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

Die zeitgerechte Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat für Österreich hohe Priorität. Der Wegfall der Wechselkurschwankungen in Europa verringert nicht nur die Unsicherheiten für Investoren, sondern schützt Österreich auch vor weiteren Abwertungen wichtiger europäischer Handelspartner, die sich auch nachteilig auf die Beschäftigungssituation in Österreich auswirken. Allerdings ist auch im Zuge der nicht zuletzt zur Verwirklichung der WWU europaweit notwendigen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung auf Beschäftigungseffekte und soziale Verträglichkeit zu achten. Im Sinne gesamtwirtschaftlicher Überlegungen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts muß deshalb bei der Realisierung der WWU ein ausgewogenes Verhältnis zwischen monetären und realen Zielen (Wachstum, Beschäftigung) hergestellt werden.

Für Österreich ist es besonders wichtig, daß Italien, aber auch Schweden und Finnland, möglichst rasch Mitglied der WWU werden, damit die österreichische Industrie und Fremdenverkehrswirtschaft vor weiteren Abwertungen verschont bleiben. Der politische Entscheidungsspielraum bei den fiskalischen Konvergenzkriterien Staatsverschuldung und Budgetdefizit sollte daher genutzt werden, ohne jedoch die Konvergenzkriterien grundsätzlich in Frage zu stellen. Um ein wirtschaftliches, soziales und politisches Auseinanderdriften zwischen Teilnehmern und Nichtteilnehmern an der WWU zu verhindern, sind darüber hinaus Maßnahmen zu treffen, die zweitens bei der Stabilisierung unterstützen und ihnen eine Perspektive für ein möglichst rasches Nachkommen in die WWU bieten.

Der Beirat drängt weiters darauf, daß in der WWU der beschäftigungspolitische Spielraum voll genutzt wird. Heute leidet die europäische Wirtschaft auch unter der mangelnden Koordination der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Die Länder versuchen, ihre Standortposition entweder durch Abwertungen („beggar-my-neighbour“-Politik) oder durch Lohn- und Sozialabbau sowie Steuersenkungen zu verbessern. Weitere Steuerharmonisierung in der EU wird notwendig sein, um den Steuerwettbewerb zu stoppen. Die WWU bringt die Chance, wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum, der auf nationaler Ebene verlorenging, auf europäischer Ebene – aufbauend auf die WWU – zurückzugewinnen.

1.10. Geldpolitik

Die Realzinssätze und das Wirtschaftswachstum in Europa haben sich auseinanderentwickelt. Um die Investitionstätigkeit und die Budgetsanierung zu erleichtern, sollten die Zinsen in Europa langfristig möglichst niedrig gehalten